



Themen

Schwerpunkt: 130. Deutscher Ärztetag

Suchtmedizin, Sparpläne der Bundesregierung im Gesundheitswesen und weitreichende Veränderungen in der Ärztlichen Weiterbildung – der 130. Deutsche Ärztetag in Hannover hatte dieses Jahr wieder einiges zu besprechen.

Seite 6-8

Der perfekte Zeitpunkt ist jetzt!

Dialogforum für junge Ärztinnen und Ärzte

Seite 9

Ärztekammer wählt ab 2027 digital

Delegiertenversammlung tagte am 20. April

Seite 10

Fortbildungskalender

Auf einen Blick: Alle Fortbildungen der Ärztekammer Bremen

Seite 11

Gewalt im Gesundheitswesen

Letzte Gelegenheit zur Teilnahme: Machen Sie mit bei unserer Umfrage zu „Gewalt im Gesundheitswesen“ – auch wenn Sie noch keine Erfahrungen gemacht haben.

Hier geht es zur Umfrage:

🔗 <https://de.surveymonkey.com/r/KKWXSXM>



Standpunkt

Symptombehandlung statt Strukturreform



Die GKV-Finanzierungskrise ist hausgemacht: 15 Milliarden Euro Defizit bis 2027, bis zu 40 Milliarden ohne Reformen. Seit Jahren bemängeln Ärzt:innen Ineffizienz und Fehlverteilung im deutschen Gesundheitswesen. Akut sind kurzfristig wirksame Sparmaßnahmen unverzichtbar, diese dürfen aber nicht dazu führen, dass notwendige Veränderungen im System weiter verzögert werden.

Wir alle werden Einsparungen mittragen müssen, die aktuelle Lastenverteilung ist aber problematisch. 60 Prozent der Einsparungen sollen bei Ärzt:innen, Kliniken, Therapeut:innen und Pflege realisiert werden, weitere 15 bis 20 Prozent treffen die Patient:innen.

Die bedarfsdeckende Refinanzierung der Versicherung von Bürgergeldempfänger:innen (10 bis 12 Mrd. Euro) oder eine reduzierte Mehrwertsteuer auf rezeptpflichtige Medikamente (1,5 bis 2 Mrd. Euro) lehnt Bundesfinanzminister Lars Klingbeil hingegen ab. Einsparungen bei Kostenträgern bleiben zaghaf.

Besonders fatal: die Kopplung der Gesundheitsfinanzierung an GKV-Einnahmen ohne Leistungsanpassung bedeutet faktisch Personalabbau. Ebenso ein Verzicht auf die vollständige Refinanzierung von Tarifsteigerungen.

Die Vorstellung, diese Eingriffe könnten ohne Qualitätseinbußen erfolgen, ist naiv. Bereits jetzt denkt etwa ein Drittel der angestellten Ärzt:innen über einen Berufswechsel nach. In Berlin erwägen 50 Prozent der niedergelassenen Kolleg:innen die vorzeitige Praxisaufgabe. In Zeiten dramatischen Fachkräftemangels ist das eine Katastrophe.

Die Notwendigkeit schneller Eingriffe ist nachvollziehbar. Langfristige Sicherung? Nicht in Sicht! Strukturelle Reformen bleiben auf der Strecke. KHVVG-Vorhaltenfinanzierung: Mogelpackung! Ambulante Vergütungsreform: Fehlanzeige! Steuerung der Patient:innen in der Notfallversorgung: halbherzig! Bürokratieabbau: inexistent! Präventionsstärkung: Privatsache!

Diese Sparpläne sind eine Symptombehandlung jahrelang ignorierten Strukturprobleme – auf Kosten engagierter Behandler:innen und ihrer Patient:innen.

■ Christina Hillebrecht
Präsidentin

Übergangsfrist für WBO 2005 läuft aus

Weiterbildungen bis 30. Juni 2027 abschließen

Kammermitglieder, die sich bei Inkrafttreten der Weiterbildungsordnung (WBO) 2020 am 1. Juli 2020 in einer Facharztweiterbildung befanden, können diese noch nach den Bestimmungen der WBO 2005 abschließen, wenn sie die Zulassung zur Prüfung bis zum 30. Juni 2027 beantragen. Diese Übergangsregelung war mit Inkrafttreten der WBO 2020 beschlossen worden. Anträge, die nach dem 30. Juni 2027 eingehen, können dann nicht mehr berücksichtigt werden. Das gilt auch für unvollständige Anträge. Bitte reichen Sie Ihren Antrag daher rechtzeitig ein.

Die Ärztekammer bittet alle Ärztinnen und Ärzte, die ihre angestrebte Bezeichnung nach der Weiterbildungsordnung 2005 erwerben möchten, zu prüfen, ob sie ihre Weiterbildung tatsächlich bis zum 30. Juni 2027 vollständig abschließen können. Sollte dies nicht der Fall sein, ist ein Erwerb der Facharztanerkennung nur nach den Bestimmungen der Weiterbildungsordnung 2020 möglich.

Kontakt

Abteilung Ärztliche Weiterbildung
✉ wb@aekhb.de

Portal-Zugang anfordern unter:

✉ portal-support@aekhb.de

Zur Anleitung:

🌐 www.aekhb.de

Kontakt

Yvonne Länger
✉ fb@aekhb.de

Anerkennung von Fortbildungen ab Juni nur noch im Mitgliederportal

Wer eine ärztliche Fortbildung im Gebiet der Ärztekammer Bremen abhält, kann diese bei der Akademie für Fortbildung anerkennen lassen und die Bewertung mit Fortbildungspunkten beantragen. Die Fortbildung muss dabei vollständig oder teilweise (bei zum Beispiel Blended-Learning) in Präsenz im Land

Bremen stattfinden oder der Online-Anbieter hat den Hauptsitz in Bremen. Ab Juni 2026 müssen Veranstalter:innen die Anerkennung über das Portal der Ärztekammer beantragen. Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung finden Sie in der Kontext-Ausgabe April-Mai 2026.

Fortbildungen für Notfallmedizin nun extra gekennzeichnet

Innerhalb eines Jahres sollen Notärztinnen und Notärzte insgesamt zehn Fortbildungspunkte in Themen erwerben, die für die Notfallrettung relevant sind. Zur besseren Übersicht kennzeichnet die Ärztekammer ab sofort

Fortbildungen für Notfallmedizin mit einem (N) vor dem Titel. Wer eine Fortbildung für Notfallmedizin bei der Ärztekammer anmeldet, sollte bei der Anmeldung darauf hinweisen, dass es sich um eine solche Fortbildung handelt.

Kontakt

Yvonne Länger
✉ fb@aekhb.de

Sommerfest der Ärztekammer am 19. August 2026



Am 19. August 2026 lädt die Ärztekammer zum traditionellen Sommerfest ein. Ab 17 Uhr wird auf dem Hof der Ärztekammer gegrillt. Bei kühlen und sommerlichen Getränken und leckerem Essen haben Sie dann reichlich Zeit

für lockere Gespräche mit dem Vorstand, anderen ehrenamtlich tätigen Ärztinnen und Ärzten oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kammer. Über Ihre Anmeldung freuen wir uns - kommen Sie gerne aber auch spontan vorbei.

Infos und Anmeldung

Angelika Reuke
☎ 0421/3404-230
✉ angelika.reuke@aekhb.de

Amtliche Bekanntmachung

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer hat am 20. April 2026 beschlossen, die Regelung über pauschale Aufwandsentschädigungen für Kammermitglieder und andere Personen, die für die Ärztekammer tätig

werden, zu ändern. Diese Änderungen wurden am 23. April 2026 veröffentlicht. Sie finden die Bekanntmachung auf der Webseite unter Rechtliches → Amtliche Bekanntmachungen.

Amtliche Bekanntmachungen:

🌐 www.aekhb.de

Zusammenhänge zwischen Körper und Psyche erkennen

Curriculum Psychosomatische Grundversorgung ab 28. August

Am 28. August startet bei der Ärztekammer Bremen wieder der Kurs „Psychosomatische Grundversorgung“ unter der Leitung von Dr. Dr. Peter Bagus, Chefarzt der Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie am Klinikum Bremen-Ost, gemeinsam mit Oberärztin Dr. Paula Roth.

Zusammen mit ihrem erfahrenen Team vermitteln sie Kompetenzen in die Grundlagen der Psychodiagnostik, der Gesprächsführung und der Kooperation im psychotherapeutischen Versorgungssystem. Die Inhalte des Kurses entsprechen dem 50 h-Curriculum „Patientenzentrierte Kommunikation“.

Der Kurs entspricht außerdem der in der Psychotherapie-Vereinbarung § 5 Abs. 6 definierten Qualifikation (ohne Balintgruppenarbeit), die als Voraussetzung für die Erbringung psychosomatischer Leistungen nachzuweisen ist. Dazu gehören die differentialdiagnostische Klärung psychosomatischer Krankheitszustände und die verbale Intervention bei psychosomatischen Krankheitszuständen.

Kursbeginn ist am 28./29. August. Weitere Termine: 25./26. September, 6./7. November, 4./5. Dezember 2026, Kosten: 995 Euro (52 PKT).



Weitere Infos

Friederike Backhaus
✉ fb@aekhb.de

Anmeldung:

🌐 www.aekhb.de



Organisation in der Notaufnahme

Fortbildung in Kooperation mit der DGINA

Die Ärztekammer Bremen bietet 2026-2027 wieder den Kurs „Organisation in der Notaufnahme“ an. In 80 Unterrichtseinheiten gemäß Curriculum der Bundesärztekammer vermitteln die erfahrenen Dozenten Dr. Frank Wösten und Dr. Klaus Peter Hermes Kenntnisse in Organisation und Management der klinischen Notfallmedizin.

Der Kurs beginnt mit einer dreimonatigen Onlinephase, in der die Teilnehmenden 40 Unterrichtseinheiten eigenständig erarbeiten. In der anschließenden viertägigen Präsenzphase vermitteln die Referenten vertiefende Kenntnisse in weiteren 40 Unterrichtseinheiten. Die Fortbildung schließt mit einer Lernerfolgskontrolle ab.

Die Fortbildung richtet sich an medizinisches Fachpersonal in fortgeschrittener Weiterbildung sowie Fach- oder Oberärzt:innen, die in einer Notaufnahme arbeiten oder diese sogar leiten und sich der rasanten Entwicklung in der klinischen Notfallmedizin stellen wollen.

Die Onlinephase des Kurses ist vom 7. Dezember 2026 bis 8. März 2027. Die anschließende Präsenzphase findet vom 10. bis 13. März 2027 im Veranstaltungszentrum der Ärztekammer Bremen statt. Die Teilnahme kostet 1.840 Euro, für DGINA-Mitglieder 1.790 Euro (80 PKT).



Weitere Infos

Friederike Backhaus
✉ fb@aekhb.de

Anmeldung:

🌐 www.aekhb.de



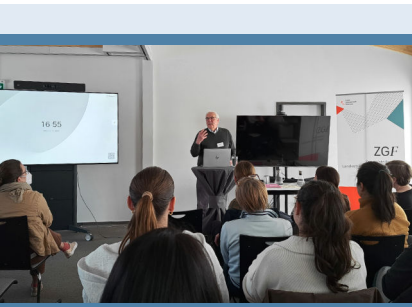
Umfrage zu DiGAs in der Praxis

Im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie will die Abteilung für Klinische Psychologie und Psychotherapie der Universität Siegen das Verständnis von digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGAs) in verschiedenen Berufsgruppen untersuchen. Sie will herausfinden, wie DiGAs in der Praxis wahrgenom-

men, eingesetzt und verordnet werden. Um möglichst viele Perspektiven aus der Versorgungspraxis einzubeziehen, sind auch Ärzt:innen gefragt. Die Teilnahme an der Umfrage ist anonym und dauert etwa 15 Minuten.

Zur Umfrage:

🌐 <https://umfragen.uni-siegen.de>



Vergewaltigt und allein gelassen?

Fachveranstaltung zur kriminologischen Indikation

Vergewaltigt und allein gelassen? Die kriminologische Indikation für einen schnellen und unkomplizierten Schwangerschaftsabbruch nach einer Vergewaltigung wird selten gestellt. Über Gründe und Hindernisse diskutierten Ende April rund 70 Fachleute in der ZGF in Bremen. Etwa fünf Prozent der vergewaltigten Frauen werden schwanger. Dennoch werde nach Erfahrungen von Pro Familia bundesweit nur etwa 30 bis 50 Mal die kriminologische Indikation gestellt. Ein Grund könnte in der Unsicherheit in Rechtsfragen liegen, so Wiebke Fritz, Rechtsreferentin der ZGF. Dabei müssten Ärzt:innen für eine kriminologische Indikation nur drei Dinge feststellen: die Schwangerschaft selbst, das Zurückgehen der ungewollten Schwangerschaft auf eine Straftat und Unterschreitung der Zwölf-Wochen-Frist. „Dabei reicht die glaubhafte Schilderung der Schwangeren“, so Fritz. „Sie muss nicht hinterfragt und nicht mit eigenen Nachforschungen bestätigt werden.“ Auch müssten Ärzt:innen keine Anzeige stellen.

Obwohl es diskriminierend, stigmatisierend und deutlich aufwendiger sei, wählten

Frauen dennoch oft den Weg über der Beratung mit Fristenregelung, sagte der niedergelassene Gynäkologe Dr. Mathias Rotenhan: „Betroffene empfinden es oft als entwürdigend und demütigend, sich fragen zu lassen, ob die Schwangerschaft zum Zeitpunkt der Vergewaltigung passt.“ Er wünschte sich, dass mehr Praxen pragmatisch und niedrigschwellig die kriminologische Indikation stellen, um so betroffenen Frauen den Beratungsweg zu ersparen.

Dr. Kerstin Schwarzer, die Vorsitzende des Landesverbands der Bremer Frauenärzt:innen, sagte aus der Perspektive der Gynäkologie, dass die richtige Ansprache unter dem Zeitdruck in den Praxen eine Herausforderung sei. Sie verwies auf die neue Arbeitshilfe zum Schwangerschaftsabbruch mit kriminologischer Indikation mit Vordrucken, Musterformulierungen und weiteren Tipps, die die ZGF auf ihrer Homepage veröffentlicht hat. Diese richtet sich an Fachpersonal und Betroffene, um die rechtliche Sicherheit bei der Indikationsstellung zu erhöhen.

Zur Arbeitshilfe:

📄 www.frauen.bremen.de

Medikationsüberprüfung bei Hitze

Ein wichtiger Baustein der Prävention

Mit zunehmenden Hitzeperioden rücken auch die Auswirkungen hoher Temperaturen auf die Arzneimitteltherapie stärker in den Fokus der ambulanten Versorgung. Hitze kann sowohl die Pharmakokinetik als auch die Pharmakodynamik zahlreicher Wirkstoffe beeinflussen und das Risiko für unerwünschte Arzneimittelwirkungen erhöhen.

Besonders relevant sind Arzneimittel, die den Flüssigkeits- und Elektrolythaushalt beeinflussen (z. B. Diuretika), die Thermoregulation verändern (z. B. Anticholinergika, Neuroleptika) oder das kardiovaskuläre System betreffen (z. B. Antihypertensiva). Auch Sedativa und bestimmte Antidiabetika können unter Hitze veränderte Wirkprofile zeigen. Klinisch bedeutsame Folgen sind insbesondere Dehydratation, Hypotonie und Elektrolytverschiebungen. Vor allem ältere und multimorbide Patient:innen sind gefährdet. In dieser Gruppe kann bereits eine moderate Hitzeexposition zu einer rele-

vanten Verschlechterung des Allgemeinzustands führen.

Vor diesem Hintergrund kommt der haus- und fachärztlichen Versorgung eine zentrale Rolle zu. Eine regelmäßige Überprüfung der Medikation im Hinblick auf hitzebedingte Risiken sowie eine strukturierte Beratung der Patient:innen können wesentlich dazu beitragen, Komplikationen zu vermeiden. Praktisch bewährt hat sich die Ergänzung der Medikationspläne um einfache, individuelle Hinweise für Hitzeperioden (z. B. zur Flüssigkeitszufuhr, zu Warnzeichen oder zum Vorgehen bei anhaltender Hitze).

Die Sensibilisierung für hitzebedingte Risiken ist ein wichtiger Bestandteil der Präventionsstrategie im Rahmen des Hitzeaktionsplans Bremen.Bremerhaven. Die Umsetzung entsprechender Maßnahmen wird im Gesundheitsamt Bremen von Dr. Julie King und Eva Stahl koordiniert.

Kontakt und weitere Infos

Hitzeportal Bremen

📄 <https://hitzeportal.bremen.de>

Klima und Gesundheit schützen – Mein Beitrag

von Dr. med. Susi Knöller, Fachärztin für Innere Medizin und Nephrologie



Wussten Sie eigentlich,

...dass Feinstaub nicht nur unsere Lunge belastet, sondern auch die Nieren schädigen kann? Feinstaub – insbesondere die besonders kleinen Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 2,5 Mikrometern (PM_{2,5}) – entsteht heute nicht mehr nur durch klassische Abgase. Vielmehr tragen auch Reifen- und Bremsabrieb, aufgewirbelter Straßenaub sowie Emissionen aus Landwirtschaft, Industrie und Haushalten erheblich zur Belastung bei. Trotz moderner Technologien bleibt die Feinstaubkonzentration in vielen Regionen über den empfohlenen Grenzwerten.

Die gesundheitlichen Auswirkungen gehen weit über Atemwegserkrankungen hinaus. Zahlreiche Studien zeigen, dass Feinstaub das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöht und sogar mit einer gesteigerten Sterblichkeit verbunden ist. Weniger bekannt ist jedoch der Einfluss auf die Nieren: Sowohl kurz- als auch langfristige Belastung mit Feinstaub kann die Nierenfunktion beeinträchtigen und das Risiko für akute sowie chronische Nierenerkrankungen erhöhen.

Die biologischen Mechanismen, über die Feinstaub die Nieren schädigen kann, sind vielschichtig und noch nicht vollständig geklärt. Als zentral gelten oxidativer Stress und systemische Entzündungsreaktionen, die nach Inhalation von Feinstaub ausgelöst werden. Dabei entstehen vermehrt reaktive Sauerstoffspezies und proinflammatorische Botenstoffe, welche

Gefäßwände und Endothel belasten. In der Folge kann es zu endothelialer Dysfunktion, Veränderungen der Gefäßregulation und einer Schädigung der renalen Mikrozirkulation kommen. Zudem werden Blutdruckanstieg, prothrombotische Prozesse und metabolische Veränderungen als verstärkende Faktoren diskutiert. Insgesamt sprechen die Daten dafür, dass Feinstaub nicht nur indirekt über Herz-Kreislauf-Belastungen wirkt, sondern auch direkte nephrotoxische Effekte entfalten kann.

Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen zudem, dass höhere Feinstaubkonzentrationen mit einem messbaren Rückgang der Nierenleistung einhergehen. Selbst geringe Anstiege der Belastung können langfristig relevant sein. Besonders gefährdet sind ältere Menschen sowie Personen mit bestehenden Vorerkrankungen.

Für eine wirksame Prävention reicht individuelles Verhalten allein nicht aus. Neben der Reduktion persönlicher Exposition und der konsequenten Behandlung von Risikofaktoren wie Bluthochdruck sind auch gesellschaftliche Maßnahmen entscheidend. Dazu zählen die Verringerung von Emissionen aus Verkehr, Landwirtschaft und Industrie sowie eine stärkere Berücksichtigung von Umweltfaktoren in der medizinischen Versorgung. Denn saubere Luft schützt nicht nur die Atemwege – sie ist auch ein wichtiger Faktor für die Gesundheit unserer Nieren.



Klimagesund rund um die Geburt

Gesundheitskompetenz zu Hitze- und UV-Schutz stärken

Wie können Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder besser vor Hitze und UV-Strahlung geschützt werden? Mit dieser Frage beschäftigt sich das neue Bremer Projekt „Klimagesund rund um die Geburt & frühe Kindheit“. Das Projekt zielt darauf ab, die Gesundheitskompetenz zu Hitze- und UV-Schutz bei Schwangeren sowie Eltern von Säuglingen und Kleinkindern im Land Bremen nachhaltig zu stärken. Dies geschieht insbesondere durch bedarfsgerechte Informationsangebote und die Qualifizierung von Fachkräften aus den Bereichen Geburtshilfe, Pädiatrie, Familienbegleitung und Quartiersarbeit. Gleichzeitig

soll die Vernetzung zwischen Akteur:innen in Bremen und Bremerhaven weiter gestärkt werden. Kooperationspartnerin des Projektes ist unter anderem Dr. Elisabeth Holthaus-Hesse, Gynäkologin und Mitglied der AG Klima bei der Ärztekammer.

Im Juni bietet die LVG & AFS zwei praxisnahe Fortbildungen an. Am 11. Juni mit dem Titel „Wenn Hitze in der Schwangerschaft zur Gesundheitsfrage wird“, am 23. Juni heißt es „Gesund durch den Sommer – Klimarisiken von Säuglingen und Kleinkindern erkennen und wirksam handeln“.



Weitere Infos:

🌐 www.gesundheit-nds-hb.de



Schwerpunkt:

130. Deutscher Ärztetag

Suchtmedizin, Sparpläne der Bundesregierung im Gesundheitswesen und weitreichende Veränderungen in der Ärztlichen Weiterbildung – der 130. Deutsche Ärztetag hatte dieses Jahr wieder einiges zu besprechen. Vier Tage lang versammelten sich 250 ärztliche Abgeordnete aus ganz Deutschland in Hannover, um gesundheitspolitische Impulse zu setzen und berufspolitische Themen zu beraten.

Mehr Prävention und eine stärkere Suchthilfe

Ärztliche Weiterbildung umfassend geändert



Mehr Aufmerksamkeit im Versorgungsalltag sowie bessere Strukturen: Die Suchtmedizin benötigt Unterstützung. Zu diesem Fazit gelangte der 130. Deutsche Ärztetag nach der Debatte zu Sucht, Prävention und der suchtmmedizinischen Versorgung.

Unterfüttert wurde die Debatte mit Vorträgen von Expert:innen aus der Suchtmedizin. In einem Impulsreferat forderte Prof. Hendrik Streeck, der Drogenbeauftragte der Bundesregierung, einen grundlegenden, radikalen Schritt in ein echtes präventionszentriertes Gesundheitssystem. Die Drogenwelt sei schneller und aggressiver geworden und Einstieg, Verfügbarkeit und Verharmlosung seien näher an der Lebenswelt junger Menschen als noch vor einigen Jahren, sagte er. Hier könne das geplante Primärversorgungssystem eine wichtige Rolle spielen, wenn es eine klare Verantwortungsübernahme für die Versorgung und eine Vergütung über eine jährliche Pauschale statt über einzelne Kontakte ermögliche.

Der 130. Deutsche Ärztetag sprach sich im Anschluss für mehr Prävention, eine nachhaltige Stärkung der Suchthilfe und suchtmmedizinischer Kompetenzen sowie

den Abbau von Stigmatisierung gegenüber Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen aus. Das führe häufig dazu, dass Betroffene notwendige Hilfe zu spät oder gar nicht in Anspruch nähmen. Der Ärztetag kritisierte insbesondere, dass wirksame verhältnispräventive Maßnahmen bei legalen Suchtmitteln wie Alkohol sowie Tabak- und Nikotinprodukten in Deutschland weiterhin nicht konsequent umgesetzt werden und die Politik hinter ihren Möglichkeiten bleibt. Notwendig seien umfassende Maßnahmen zur Stärkung der Nikotinkontrolle.

Kritik am GKV-Sparpaket

Intensiv diskutierte der Ärztetag die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung. Die Delegierten forderten den Gesetzgeber in einem mit großer Mehrheit gefassten Beschluss auf, die mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz vorgesehenen Sparmaßnahmen hinsichtlich ihrer Folgewirkungen für die Patientenversorgung, ihres Zusammenspiels untereinander und der Lastenverteilung auf alle Beteiligten sauber auszutarieren und zu überarbeiten.

Der Ärztetag stellte klar, dass die Stabilisierung der GKV-Finzen weder zulasten der Patientenversorgung gehen noch die beruflichen Rahmenbedingungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen verschlechtern dürfe. Wichtig sei dabei, dass die Ärzteschaft sich einig sei, sagte Christina Hillebrecht, die Präsidentin der

Ärztelkammer Bremen, im Rahmen der Debatte: „Wenn wir etwas gegen das Sparpaket erreichen wollen, müssen wir zusammenarbeiten und mit einer Stimme sprechen.“

Weiterbildung: Ärztliche Haltungen und Rollen im Mittelpunkt

Am Himmelfahrtstag debattierten die Delegierten ausführlich über die ärztliche Weiterbildung und verabschiedeten am Ende umfangreiche Änderungen. So wurde im Paragraphenteil die Anrechnung von Unterbrechungen auf die Weiterbildung angepasst. In Abschnitt B, der die Gebiete, Facharzt- und Schwerpunkt-kompetenzen sowie die allgemeinen Weiterbildungsinhalte umfasst, wurden acht Gebietsdefinitionen überarbeitet. Bei acht Facharztbezeichnungen wurde die Mindest-Weiterbildungszeit verkürzt.

Mehrere Beschlüsse betrafen die allgemeinen Inhalte der Weiterbildung. Diese werden nun auf Basis der CanMEDS-Rollen neu strukturiert. Dabei handelt es sich um ein international etabliertes Kompetenzmodell, das ärztliche Haltungen und Rollen in den Mittelpunkt stellt. Die bisherige Aufteilung in Methoden- und Handlungskompetenzen wird aufgelöst. An ihre Stelle treten acht Rollen, die grundlegende ärztliche Haltungen bündeln. Jede dieser Rollen soll von den Weiterbildungsbefugten als Ganzes bestätigt werden, etwa im Rahmen des jährlichen Weiterbildungsgesprächs.

Mit der Neustrukturierung der allgemeinen und für alle Facharztweiterbildungen verbindlichen Weiterbildungsinhalte geht die Bundesärztekammer einen neuen Weg: Zentrale ärztliche Haltungen und Rollen, etwa in Kommunikation und Teamarbeit, rücken stärker in den Mittelpunkt der Weiterbildung. Sie sind keine Beigabe zur Fachlichkeit, sondern fester Bestandteil ärztlicher Identität.

„Mit diesen Beschlüssen entwickeln wir die ärztliche Weiterbildung gezielt weiter. Wir schärfen die Bildungssystematik, verschlanken die Weiterbildungsordnung, richten sie auf die Herausforderungen der Zukunft aus und vereinfachen gleichzeitig die Verwaltungsprozesse in den Ärztekammern spürbar“, sagte Prof. Dr. Henrik Herrmann, Co-Vorsitzender der Ständigen Konferenz „Ärztliche Weiterbildung“ der Bundesärztekammer.

Saal unter Schock

Denkwürdig wurde es dann am Freitag. In einer persönlichen Erklärung berichteten mehrere Medizinstudentinnen aus der Delegation der Bundesvertretung der Medizinstudierenden (bvmd) von übergriffigem Verhalten auf dem Ärztetag. „Kommentare über unser hübsches Auftreten sind unangebracht. Kommentare über unsere Ausschnitte sind unangebracht. Hände auf Rücken und Gesäßen sind unangebracht“, erklärten sie vor den Delegierten des Ärzteparlaments. Zusätz-

Die Erklärung der Studierenden im Wortlaut:

www.aerzteblatt.de

lich habe es Einladungen auf Hotelzimmer gegeben, über Berufspolitik sei eher mit den männlichen Kollegen gesprochen worden, mit den Frauen über Kinderwunsch und Schwangerschaft.

Der Saal stand zunächst merklich unter Schock und kanalisierte diesen in Standing Ovations und Solidaritätsbekundungen für die Studentinnen und den Mut, so öffentlich über die Erlebnisse zu sprechen. Der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Klaus Reinhardt, zeigte sich erschüttert. „Es tut mir außerordentlich leid, dass Ihnen das passiert ist. Es ist zutiefst verstörend, und wir werden diese Vorfälle aufklären.“

Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt – ob verbal oder körperlich – seien in keiner Form zu tolerieren und widersprechen fundamental den Werten des ärztlichen Berufs.

Reinhardt versprach, dass die Bundesärztekammer zu Schutzkonzepten, Selbstverpflichtungen und Compliance-Regeln arbeiten werde. Dazu werden man sich im Vorstand eingehend mit den erforderlichen Konsequenzen befassen. Ein solches Verhalten müsse und werde Konsequenzen haben, so Reinhardt. Was hier geschehen sei, dürfe sich nicht wiederholen.

Zum Zeitpunkt der persönlichen Erklärung wollten die Delegierten zum Thema Machtmissbrauch generell debattieren – die Aussprache nahm dann eine deutliche

Wendung: Delegierte berichteten über eigene persönliche Erlebnisse zu Machtmissbrauch und übergriffigen Verhalten im Berufsalltag.

Den sechs Anträgen zum Thema Machtmissbrauch, die schon vor der Erklärung der Medizinstudentinnen vorlagen, wurde im Anschluss an die Debatte mit großer Mehrheit zugestimmt. Die Delegierten stimmten dafür, sich für einen standardisierten Umgang mit sexualisierter Gewalt durch Ärztinnen und Ärzte einsetzen zu wollen. Schließlich beschloss der Deutsche Ärztetag am Ende mit großer Mehrheit, dass sich das Ärzteparlament in Wiesbaden im kommenden Jahr ausführlich mit Machtmissbrauch und Übergriffen in der Medizin beschäftigen soll.

Bettina Rakowitz, Sonja Pieper, Jörg Fierlings, Christina Hillebrecht, Dr. Jan Helge Kurschel und Dr. Maya Trapp (v. l.)



Bremer Delegiertenstimmen

Christina Hillebrecht

Für mich wurde der Deutsche Ärztetag komplett durch die Stellungnahme der jungen Kolleginnen überschattet, die berichteten, auf dem Ärztetag sexuelle Belästigung erfahren zu haben. Dies macht mich betroffen und sprachlos. Offensichtlich war die Annahme, „so etwas“ gäbe es heute nicht mehr, naiv. Welche Reaktionen und Maßnahmen hier in Zukunft junge Kolleg:innen schützen können, werden wir in den nächsten Wochen und Monaten erarbeiten müssen. Ansonsten hatten wir eine erfolgreiche Zeit mit einer guten Debattenkultur, sachlichen Diskussionen und interessanten Themen.

■ Jörg Fierlings

Eine sehr unzufriedenstellende Rede von Gesundheitsministerin Warken, viele wichtige Themen beispielsweise zur Weiterbildung gerieten zwei Stunden vor Ende des 130. Ärztetages in den Hintergrund, als der Versammlung von fünf Studentinnen ein Spiegel vorgehalten wurde, in den keiner gerne schauen möchte. Übergriffe sexueller Natur in Wort und Tat haben in der Gesellschaft nichts zu suchen, leider zeigt sich die Ärzteschaft auch hier als Spiegel der Gesellschaft - und es ist während des Ärztetages vorgekommen. Auf der einen Seite den Nachwuchs in aller Form fördern zu wollen und dann durch das Vorgehen Einzelner ausgebremst zu werden, ist zutiefst beschämend. Von daher nehme ich von diesem Ärztetag mit, dass wir die Augen nicht verschließen dürfen und auch dringend vor unserer eigenen Haustür aufräumen müssen.

■ Dr. Jan Helge Kurschel

Eine ernüchternde Erkenntnis: Es wurde leider deutlich, dass Vorschläge und Erkenntnisse aber auch Sorgen und Ängste der Ärzteschaft von Seiten der Politik weiterhin nicht gehört werden. Dies kam vor allem in der Rede unserer Gesundheitsministerin Nina Warken zu ihren derzeitigen Gesetzentwürfen zum Ausdruck. Die darin erhaltenen Sparmaßnahmen werden zu tiefgreifenden Änderungen im Gesundheitswesen führen. Für die Patientinnen und Patienten wird es teurer bei gleichzeitig reduzierten Leistungen. Ein Grund dafür liegt darin, dass die versicherungsfremden Leistungen weiterhin aus den GKV-Beiträgen bezahlt werden. Für die Leistungserbringer, die ihren Beitrag zur Stabilisierung des Gesundheitssystems bereits seit Jahren leisten und geleistet haben, wird es erneut zu Honorareinbußen bei steigenden Kosten (Personal, Energie etc.) kommen, da durch die einnahmeorientierte Ausgabenpolitik ein weiterer Budgetdeckel eingeführt wird. Was dies für die Gesundheitsversorgung vor Ort bedeutet, bleibt abzuwarten.

■ Sonja Pieper

Ein wichtiges Thema beim Ärztetag in Hannover war die ärztliche Weiterbildung. In zahlreichen Diskussionen wurde deutlich, wie wichtig moderne, praxisnahe und zugleich verlässliche Weiterbildungsstrukturen für die Zukunft der medizinischen Versorgung sind. Besonders positiv wurde aufgenommen, dass sich der Vorstand der Bundesärztekammer bereits im Vorfeld mit den Berufsverbänden abgestimmt hatte, um konkrete Verbesserungen bei Weiterbildungszeiten und -strukturen vorzubereiten. Darüber hinaus bot der Ärztetag viele Möglichkeiten zum fachlichen und persönlichen Austausch mit Kolleg:innen aus den verschiedenen Ärztekammern. Gerade diese Gespräche machten deutlich, dass die Herausforderungen vielerorts ähnlich sind – und gemeinsame Lösungen notwendig bleiben.

■ Bettina Rakowitz

Der 130. Deutsche Ärztetag in Hannover war in meinen Augen gut organisiert, straff geführt und ein großer Teil der Anträge zu den Themen Sucht, Weiterbildung und Berufsordnung konnte diskutiert und abgestimmt werden. Erschütternd war am Freitag eine persönliche Erklärung von fünf Medizinstudentinnen, die im Rahmen des Deutschen Ärztetages übergreifendem Verhalten ausgesetzt waren. Zwei der Kolleginnen schilderten stellvertretend unangebrachte Berührungen und verbale Belästigungen. Die darauf folgende Debatte bzw. die darauf folgenden Wortbeiträge zeugten von vielen ähnlichen Erfahrungen bei den anwesenden delegierten Kolleginnen auch im Berufsleben, so dass dafür plädiert wurde, ein Hauptthema bei einem der nächsten Ärztetage dem Thema Machtmissbrauch zu widmen.

■ Dr. Maya Trapp

Die einladende Ärztekammer Niedersachsen hat die Abläufe des DÄT gut organisiert und für einen würdigen, aber nicht zu steifen Rahmen gesorgt, sodass wir Delegierte uns wohlgefühlt haben. Ungünstig ist nachweisbar die Praxis, dass wichtige Themen aus Zeitmangel an den Vorstand verwiesen werden. Da wünsche ich mir die Einrichtung von frühzeitigen Antragsfristen und eine Antragskommission, die dann zu einer besseren Strukturierung der Diskussionen beitragen würde.

Der diesjährige Ärztetag hat sich mit wichtigen Themen wie den neuen Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, der Musterweiterbildungsordnung, der Suchtmedizin sowie dem Machtmissbrauch gegenüber Schutzbefohlenen inhaltlich beschäftigt. Letzterer wirft kein gutes Licht auf die vorhandenen Leitungsstrukturen, die solche Übergriffe gegenüber Medizinstudierenden auch auf dem Ärztetag nicht verhindern.

Im inhaltlichen Schwerpunkt zur Suchtmedizin hat Professor Hendrik Streeck als Drogenbeauftragter der Bundesregierung geäußert, „Suchterkennung, Suchtvermeidung und (...) Frühintervention passen schlecht in ein System, das vor allem dann verlässlich reagiert, wenn Krankheit bereits sichtbar ist. Er plädiert für ein „vom Menschen gedachtes Gesundheitssystem, das Prävention in den Vordergrund stellt.“ Dieser Ansatz ist für mich als Hausärztin zukunftsweisend und sollte auch für uns in der Ärztekammer ein wichtiges Movens sein.

Der perfekte Zeitpunkt ist jetzt!

Dialogforum für junge Ärztinnen und Ärzte in Hannover

Von Caroline Baumgarten, Danielle Bunk und Constanze Hägermann

Zum Start des diesjährigen 130. Deutschen Ärztetages in Hannover durften wir als Vertreterinnen der jungen Ärzteschaft Bremens am Dialogforum für junge Ärztinnen und Ärzte zum Thema „Einfach machen. Selbstverwaltung der Zukunft“ teilnehmen.

Nach den Begrüßungsworten zum einen durch die Präsidentin der Niedersächsischen Ärztekammer und Gastgeberin des diesjährigen Ärztetages Dr. Marion Renneberg sowie der Vizepräsidentin der Bundesärztekammer und Schirmherrin des Dialogforums Dr. Ellen Lunderhausen legten die anschließenden Impulsvorträge einen besonderen Fokus auf die ärztliche Selbstverwaltung sowie Chancen und Herausforderungen, die in einer sich wandelnden politischen und demographischen Gesellschaft damit einhergehen.

Schnell wurde deutlich, dass Engagement auch in der jungen Generation vorhanden ist. Doch damit aus Interesse echte Mitgestaltung wird, müssen Strukturen moderner, zugänglicher und gemeinschaftlicher werden. Die ärztliche Selbstverwaltung steht zunehmend vor einem Generationenwechsel und der damit verbundenen Frage, wie junge Ärztinnen und Ärzte künftig Verantwortung übernehmen können.

Selbstverwaltung praktisch möglich machen

Theresa Buuck, Hausärztin und Mitglied der Ärztekammer Mecklenburg-

Vorpommern, machte in einer mitreißenden Rede deutlich, dass ärztliche Selbstverwaltung zukunftsorientierter gestaltet werden muss, damit sie praktisch funktioniert. Die Rahmenbedingungen dafür müssen stimmen. Junge Ärztinnen und Ärzte können und wollen sich heute unter anderen Voraussetzungen engagieren als frühere Generationen: Arbeitszeiten seien dichter getaktet, familiäre Verpflichtungen vielfältiger, berufliche Wege flexibler. Damit eine Mitarbeit also funktionieren kann, muss ehrenamtliches Engagement zeitlich und örtlich besser organisierbar sein. Digitale und hybride Formen könnten dabei helfen, Beteiligung einfacher mit Klinikalltag und Privatleben zu vereinbaren.

Buuck kritisierte zugleich, dass Engagement häufig da ende, „wo Macht verteilt wird“. Sichtbarkeit allein reicht nicht aus. Sie sei zwar gut, aber eine effektive Mitgestaltung sei besser. Ihre Forderung: Mehr echte Beteiligung junger Kolleginnen und Kollegen – etwa durch einen Ausschuss für junge Ärztinnen und Ärzte der Ärztekammern.

Laut Buuck brauche eine starke ärztliche Selbstverwaltung „nicht nur Erfahrung, sondern auch Gegenwartsnähe. Wer Versorgung gestalten wolle, müsse die Stimmen derjenigen hören, die die Versorgung aktuell tragen.“

Selbstverwaltung lebt von Teilhabe

Mit einem klaren Appell wandte sich auch Andrej Weissenberger, Kinderarzt und Kammermitglied der Ärztekammer Nordrhein an

Danielle Bunk, Caroline Baumgarten und Constanze Hägermann (v. l.)



uns Zuhörende. Demokratie und ärztliche Selbstverwaltung lebe vom Mitmachen, nicht vom Zuschauen. „Wir sind die Kammer“ und Ziel der Kammerarbeit müsse länderübergreifend sein, dass sich die nächsten Generationen nicht mehr fragen, ob sie mitmachen können, sondern wo und wie sie anfangen können.

Allein eine moderne und zugängliche Selbstverwaltung sei zielführend. Die Kammerarbeit werde aktuell von vielen jungen Ärztinnen und Ärzten als unnahbar und bürokratisch wahrgenommen. Ein Image, das es zu ändern gilt.

Die lebhaften Diskussionen machten deutlich: Die Zukunft der Selbstverwaltung entscheidet sich nicht allein an Satzungen oder Strukturen, sondern daran, ob es gelingt, junge Ärztinnen und Ärzte aktiv in die Kammerarbeit einzubinden. Der Wunsch nach Beteiligung ist da. Nun braucht es Räume, in denen daraus Verantwortung und Gestaltungskraft entstehen können.

In diesem Sinne: Der perfekte Zeitpunkt, sich zu engagieren, ist jetzt. Denn es geht um nichts Anderes als die Zukunft der ärztlichen Selbstverwaltung. Um eine Zukunft, die uns alle betrifft.



Ärzttekammer wählt ab 2027 digital

Delegiertenversammlung tagte am 20. April

Die Ärztekammerwahl soll ab 2027 ausschließlich digital stattfinden. Diesen weitreichenden Beschluss traf die 10. Delegiertenversammlung am 20. April 2026. Zu Beginn berichtete Christina Hillebrecht, die Präsidentin der Ärztekammer, dass in Bremen-Nord und Bremerhaven jeweils Runde Tische zur ärztlichen Versorgung von Kindern- und Jugendlichen getagt haben. In beiden Städten gebe es einen Versorgungsengpass. Hillebrecht appellierte an die gemeinsame Verantwortung für eine auskömmliche gesundheitliche Versorgung, die nicht nur die Selbstverwaltung, sondern auch die senatorische Behörde treffe.

Kammerwahl wird digital

Die Delegiertenversammlung hatte darüber zu entscheiden, in welcher Form die Kammerwahl 2027 stattfinden soll und ob eine Wahlbroschüre gedruckt und versendet werden soll. Da eine digitale oder hybride Wahl einen längeren Vorlauf hat und finanzrelevant ist, musste sich die Delegiertenversammlung schon jetzt eine Meinung über das Format der Kammerwahl 2027 bilden.

Dr. Heike Delbanco, die Hauptgeschäftsführerin der Ärztekammer, stellte die verschiedenen Möglichkeiten vor. Möglich seien eine digitale oder hybride Wahl mit Dienstleister, eine Briefwahl mit Dienstleister oder wie bisher eine Briefwahl ohne Dienstleister mit kammer-eigener Organisation. Erst zwei Ärztekammern haben Erfahrungen mit digitalen Wahlen gesammelt: Die Ärztekammer Schleswig-Holstein hat 2023 rein digital gewählt und eine niedrigere Wahlbeteiligung erzielt, die Ärztekammer Berlin hat 2023 hybrid gewählt, also digital und mit Briefwahl, mit moderatem Rückgang der Wahlbeteiligung.

In einer längeren Diskussion wägten die Delegierten Für und Wider der verschiedenen Möglichkeiten ab. Mehrere Delegierte sorgten sich, dass eine rein digitale Wahl zu einem Einbruch der Wahlbeteiligung führen könnte. In der Flut der täglichen QR-Codes könnte die Wahl einfach untergehen. Andere plädierten für eine hybride Wahl, da sich sonst nicht genug Mitglieder beteiligen würden. Wenn man das Wahlverfahren sowieso umstelle, dann solle man gleich komplett zu digital wechseln, so einige Delegierte. Wichtig sei dann aber, die Wahl regelmäßig ins Bewusstsein der Mitglieder zu holen, zum Beispiel durch KONTEXT, Newsletter, Erinnerungen per E-Mail oder auch per Postkarte.

Bislang gab es zu jeder Wahl eine gedruckte Broschüre, in der die Listen und Kandidat:innen sich und ihre Wahlziele vorstellen konnten. Hier waren die Delegierten der Meinung, die Broschüre könne zwar eine gute Gedankensstütze vor der Wahl sein, dennoch blättere man sie maximal einmal durch und werfe sie dann in den Müll. Sinnvoller sei hier eine digitale Plattform, auf der sich die Listen vorstellen können. Es sei Aufgabe der Kammer und der Gremien, Werbung für die Wahl zu machen und so die Mitglieder zur Wahl zu motivieren.

Nach der ausführlichen Diskussion stimmte die Delegiertenversammlung mehrheitlich dafür, die Kammerwahl 2027 digital abzuhalten. Auf eine Wahlbroschüre soll dabei verzichtet werden. Für die digitale Wahl muss zunächst die Wahlordnung geändert werden. Erst dann kann die Wahl tatsächlich digital stattfinden.

Delegiertenversammlung als Klausursitzung

Danach ging es um die Frage, ob die Delegiertenversammlung im September in einer vertieften thematischen Sitzung mögliche Schwerpunkte für die zweite Hälfte der Legislaturperiode beraten möchte. Der Vorstand hatte diese Idee in seiner Klausursitzung im Januar entwickelt und sich vorgestellt, dass die Delegierten bis Ende Mai 2026 Themenvorschläge einreichen und im Juni dann entscheiden, welche Themen sie dann in welchem Format im September beraten. Nach einer kurzen Diskussion stimmten die Delegierten diesem Vorschlag zu und verlegten die Septembersitzung auf den 30. September 2026, 17 Uhr.

Änderung der Fahrtkostenregelungen

Zum Schluss änderte die Delegiertenversammlung noch die Regelungen für die Fahrtkostenerstattung. Nicht-ärztlich tätige Kammermitglieder, die sich bei der Kammer zum Beispiel als Prüfer:innen engagieren, und auch externe Sachverständige erhalten nun eine Fahrtkostenerstattung, wenn sie ihren Wohnsitz außerhalb des Landes Bremen haben. Für ärztlich tätige Kammermitglieder werden Fahrtkosten weiterhin nur erstattet für Dienstreisen zwischen Bremerhaven und Bremen bzw. Bremen-Nord und Bremen. Maßgeblich für die Fahrtkostenerstattung der aktiven Ärztinnen und Ärzte ist der Ort der ärztlichen Tätigkeit.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 22. Juni 2026 um 19.30 Uhr im Vortragssaal der Kassenärztlichen Vereinigung, Schwachhauser Heerstraße 26-28, 28209 Bremen statt.

Veranstaltungsinformationen

Akademie für Fortbildung

Für Ärzt:innen

- **Fit durch die Weiterbildung Allgemeinmedizin**
Thema: Sportverletzungen an Schulter, Knie und Sprunggelenk
Termin: 3. Juni, 15.30–17 Uhr
Kostenfrei (2 PKT)
Ort: Kassenärztliche Vereinigung Bremen
- **EMDR-Fortbildung Teil 1**
Termin: 13.-15. August 2026
Donnerstag 9 Uhr bis Samstag 17.30 Uhr
Kosten: 890-930 Euro (30 PKT)
- **Betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung**
Aktualisierungsschulung
Termin: 21. August 2026, 14-19 Uhr
Erstschulung
Termin: 2. Dezember 2026, 14-19 Uhr
Kosten: 260 Euro (7 PKT)
Anmeldung: Ärztekammer Niedersachsen / zvm@aekn.de
- **Curriculum Psychosomatische Grundversorgung (50 Std. patientenzentrierte Kommunikation)**
Termin: 28.-29. August, 25.-26. September, 6.-7. November, 4.-5. Dezember 2026, freitags 14.30-18.45 Uhr, samstags 9.30-17.15 Uhr
Kosten: 995 Euro (52 PKT)
- **Hygienebeauftragte Ärztin / Hygienebeauftragter Arzt**
Termin: 31. August bis 2. September und 17.-18. September 2026, jeweils 9-16.45 Uhr
Kosten: 710 Euro (40 PKT)
- **Moderationstraining**
Termin: 13.-14. November 2026
Freitag 17-21 Uhr, Samstag 9-18 Uhr
Kosten: 335 Euro (17 PKT)
- **DGINA 80 h-Kurs: Organisation in der Notaufnahme**
 gem. BÄK-Curriculum, Kooperation mit DGINA-Notfallcampus
Termin:
 7. Dezember 2026 – 8. März 2027 (Online-Phase)
 10.-13. März 2027 (Präsenzphase)
Kosten: 1840 Euro / 1790 Euro (DGINA-Mitglieder) (80 PKT) / Blended-Learning

Für Ärzt:innen und MFA

- **Deeskalation in der Arztpraxis: Gefahren erkennen und abwenden**
Termin: 17. Juni 2026, 16.30-19.30 Uhr
Kosten: 35 Euro (3 PKT)
- **Aktualisierungskurse im Strahlenschutz zum Erhalt der Fachkunde im Bereich Röntgendiagnostik, Nuklearmedizin und Strahlentherapie**
Termin: 26. September 2026
8-Std.-Kurs: 8.30-16 Uhr, Kosten: 159 Euro (8 PKT)
- **Konflikt- und Deeskalationsmanagement für ambulante Einrichtungen**
Termin: 27.-28. November 2026
Freitag 14-19 Uhr und Samstag 9-17 Uhr
Kosten: 300 Euro Ärzt:innen / 200 Euro MFA (18 PKT)

Für Medizinische Fachangestellte

- **Injektionen und Blutentnahmen**
Termin: 13. Juni 2026, 9-17.30 Uhr
Kosten: 160 Euro / 140 Euro Auszubildende
- **Curriculum Assistenz Wundmanagement für MFA (40h)**
Termin: 21.-22. August, 4.-5. September, 11.-12. September, freitags 14-19 Uhr, samstags 9-16.30 Uhr
Kosten: 650 Euro
- **EKG-Kurs**
Termin: 2. September 2026, 15.30-19.30 Uhr
Kosten: 80 Euro / 60 Euro Auszubildende
- **Onkologie für Medizinische Fachangestellte (120 h)**
Termin: 5.-9. Oktober, 9.-13. November, 27. November 2026, 8.15-17.30 Uhr
Kosten: 1595 Euro
- **Strahlenschutzkurs**
Termin: 9.-13. November und 23.-27. November 2026
Kosten: 980 Euro
Ort: Aneos Klinikum am Bürgerpark und Klinikum Bremerhaven-Reinkenheide, Bremerhaven
- **Professionell Telefonieren**
Termin: 18. November 2026, 15-18.15 Uhr
Kosten: 80 Euro / 60 Euro Auszubildende



Die Veranstaltungen finden, sofern nicht anders angegeben, im Veranstaltungszentrum der Ärztekammer Bremen in der Kurfürstenallee 130 statt. Weitere Infos und Anmeldung:

■ **Für Ärzt:innen:** www.aekhb.de/fortbildung/veranstaltungen

■ **Für MFA:** www.aekhb.de/mfa/fortbildungen

Sie erreichen uns unter: ☎ 0421/3404-261 oder -263, ✉ fb@aekhb.de

Kleinanzeigen

Lust auf abwechslungsreiche Medizin?

Wir suchen für unsere moderne Hausarztpraxis im Bremer Osten ärztliche Verstärkung mit der langfristigen Perspektive einer späteren Partnerschaft (spätestens ab Ende 2028, früher möglich). Außer einem engagierten, gut strukturierten, freundlichen Team bieten wir flexible Arbeitszeiten und angemessene Bezahlung.

Infos: 🌐 www.praxis-schweizereck.de

Kontakt: ✉️ velde-gestrich@t-online.de

Schon einmal an Arbeitsmedizin gedacht?

Auf Sie wartet ein vielseitiges Fachgebiet ohne Nacht- und Wochenenddienste. Bei Interesse an dem Fachgebiet und bei grundsätzlichen Fragen zur Weiterbildung gerne melden.

Kontakt: ✉️ jan.neumann@vdbw.de,
Weiterbildungsbeauftragter/
VDBW-Landesverband Bremen

KollegIn gesucht – FA/FÄ Allgemeinmedizin oder WB-AssistentIn

In unserer Hausarztpraxis in Bremen-Mitte praktizieren wir eine ganzheitliche und funktionale Medizin mit flachen Hierarchien und einer top Arbeitsatmosphäre. Es gibt viel Zulauf – deswegen können wir Verstärkung gebrauchen! WB ist mit max. 20 Std./Woche möglich, FA/FÄ auch mehr. Wir freuen uns auf Dich!

Kontakt: ✉️ verwaltung@praxis-oliverborrmann.de,
☎️ 0421/696 238 84

Verkehrsmedizinische Untersuchungen (MPU, ärztliche Gutachten, Abstinenzkontrollen). Ärztin/Arzt (m/w/d) auf Honorarbasis für unsere Stellen in HB und BRHV gesucht.

Kontakt: DEKRA Begutachtungsstelle für Fahreignung
Dr. O. Monschau ☎️ 0421/639 298 90 oder
✉️ bffbremen@dekra.com

Facharzt für Allgemeinmedizin mit Praxiserfahrung bietet Mitarbeit bis 2 Tage pro Woche fest sowie Urlaubsvertretungen.

Kontakt: ☎️ 0172/940 80 67

Der AMD der BG BAU GmbH sucht Verstärkung am Standort Bremen: Facharzt (m/w/d) für Arbeitsmedizin oder Arzt (m/w/d) mit der Zusatz-Weiterbildung Betriebsmedizin. Nähere Infos zur Stelle erhalten Sie über beigefügten QR-Code.



Die Rolandklinik stellt zum nächstmöglichen Termin ein: Facharzt für Anästhesie (m w d)

Wir bieten ein angenehmes, kollegiales Klima, tarifkonforme Bezahlung, breites anästhesiologisches Spektrum mit viel Regionalanästhesie, zertifizierte Schmerztherapie, IMC-Station, Rufdienste, eine sehr gute Küche auch!

Kontakt: ✉️ omohr@roland-klinik.de

Hinweis für Chiffre-Anzeigen

Bitte senden Sie Ihre Antworten unter Angabe der Chiffre-Nummer bis zum 31.7.2026 an die Ärztekammer Bremen, gerne per E-Mail an online@aekhb.de. Wir senden diese zum Monatsende weiter. Nachrichten, die danach eingehen, werden nicht mehr weitergeleitet.

Kleinanzeigen kostenlos und exklusiv für Kammermitglieder

Anzeigenschluss für die nächste Ausgabe ist der 8.7.2026. Schicken Sie Ihre Kleinanzeige an anzeigen@aekhb.de. Die Anzeige darf maximal sechs Zeilen à 65 Zeichen haben. Der Platz wird nach der Reihenfolge des Eingangs vergeben. Eine Veröffentlichung behalten wir uns vor.